

Hintergrund

Alltagskriminalität, wie Einbruchs- und Straßenkriminalität, hat einen großen Einfluss auf das Sicherheitsgefühl der Bürger*innen. Zunehmende Müllberge, Nutzungskonflikte und Sachbeschädigungen gepaart mit der Angst, Opfer einer Straftat zu werden, führen dazu, dass sich Bürger*innen im öffentlichen Raum häufig nicht mehr wohlfühlen und manche Gegenden sogar aktiv meiden.

Im Bereich der Alltagskriminalität, insbesondere im Diebstahl- und Einbruchsbereich, ist die Aufklärungsrate relativ gering. Auch bei der Ahndung von Ordnungswidrigkeiten kommen die Kommunen kaum noch hinterher. Während der Corona-Pandemie sind Polizei und kommunale Ordnungsdienste mit der Umsetzung und Einhaltung der Hygienemaßnahmen im öffentlichen und privaten Raum sowie dem Umgang mit Corona-Protesten schließlich an ihre Belastungsgrenze gekommen.

Dadurch ist bei vielen Bürger*innen der Eindruck entstanden, dass der Staat kapituliert hätte und tatenlos dem Treiben der Täter*innen zusähe. Die coronabedingte Aussetzung von Haftbefehlen bei Erschleichungsdelikten und die Überlastung der Justiz bei der Strafverfolgung verstärkten dieses Gefühl.

Aber weder in der Sicherheitspolitik auf Bundes-, Länder- und kommunaler Ebene noch in der europäischen und deutschen Sicherheitsforschung wird der Zusammenhang von Alltagskriminalität und Unsicherheitsgefühl diskutiert und mit adäquaten Strafverfolgungs- und Präventionsmaßnahmen bzw. Forschungsprojekten adressiert. Auch in der Präventionspraxis ist festzustellen, dass Themen wie Extremismus, Gewalt und Sucht einen deutlich höheren Stellenwert einnehmen als die Prävention von Kleinkriminalität und Ordnungswidrigkeiten.

Dass die gefühlte Unsicherheit vieler Menschen sich nicht mit den tatsächlich erfassten Straftaten und dem hohen Sicherheitsniveau begründen lässt, ist wissenschaftlich hinreichend untersucht. In den letzten Jahren wurde jedoch vielfach deutlich, dass die gefühlte Sicherheit der Bürger*innen und das Vertrauen in das Gewaltmonopol des Staates entscheidende Faktoren für das friedliche Zusammenleben in Vielfalt und den Schutz der Demokratie in Deutschland sind.

Polizei und Kommune sind auf Grund ihrer Nähe zu den Bürger*innen die zentralen Akteure, um das Vertrauen in den Staat und das Sicherheitsgefühl zu stärken. Gemeinsam haben sie großen Einfluss auf das Wohlbefinden der Bürger*innen in ihrem Wohn- und Lebensumfeld und damit auf den Alltag der Menschen.

Hinzu kommt das Paradox, dass die definierte Aufgabe der Sicherheitsbehörden ist, objektive Sicherheit herzustellen. Dies deckt sich aber nicht mehr mit den Erwartungen der Bürger*innen an Polizei und Kommunen, auch das subjektive Sicherheitsgefühl, das aber kaum messbar und dazu noch hoch individuell ist, zu verbessern.

Zugleich wird deutlich, dass eine umfassende Polizeipräsenz und Kontrolldichte weder realisierbar noch ansatzweise wünschenswert ist. Dies würde die gesellschaftliche und individuelle Freiheit und Rechtssicherheit zutiefst einschränken. Zu fragen ist also, welche rechtlichen und polizeilichen Strategien realisierbar sind, die die Sicherheit auch in Bezug zur Alltagskriminalität und zu Ordnungswidrigkeiten verbessern, zugleich aber den öffentlichen Raum als ein Ort der Freiheit, der Demokratie und des Rechts wahren und gewährleisten.

Ziel und Zielgruppe

Die Fachtagung will der Frage nachgehen, wie Polizei und Kommunen das Sicherheitsgefühl der Bürger*innen stärken und das Vertrauen der Bürger*innen zurückgewinnen können. Praktiker*innen aus Polizei und Kommunen sowie Wissenschaftler*innen diskutieren auf der zweitägigen Veranstaltung folgende Kernfragen:

- Braucht es für den Umgang mit Alltagskriminalität im öffentlichen Raum und Ordnungswidrigkeiten neue Präventions- und Sicherheitsstrategien?
- Wie können Kommunen und Polizei gemeinsam aktiv das Sicherheitsgefühl der Bürger*innen verbessern?
- Welche bürgernahen Ansätze in der Polizeiarbeit, der kommunalen Prävention und der kommunalen Sicherheit- und Ordnung sind vielversprechend?

Zusammenfassend sollen sich daraus Forderungen für einen innovativen Sicherheitsdiskurs der Politik auf Landes-, Bundes- und der europäischen Ebene ableiten lassen.

Die Veranstaltung richtet sich an Bürgermeister*innen, Referent*innen, Beigeordnete und Mitarbeitende aus Kommunen, Vertreter*innen der Polizei und der Zivilgesellschaft, Wissenschaftler*innen sowie Politiker*innen aus Kommunal-, Landes- und Bundespolitik.

Anmeldung

Anmeldungen sind ab sofort bis zum 15. Oktober 2022 ausschließlich per E-Mail möglich an: tagungsbuero@dhpol.de. Verwenden Sie dazu bitte das beiliegende Formular.

Für die Tagung ist eine Teilnehmerpauschale von 130,- Euro zu entrichten, in welcher die Tagungsgetränke sowie alle geplanten Mahlzeiten enthalten sind. Sie erhalten nach der Veranstaltung eine Rechnung über die Tagungspauschale. Wir bitten von Vorauszahlungen abzusehen.

Übernachtung

Im barrierefreien Tagungshotel sind für die Teilnehmer*innen eine begrenzte Anzahl an Zimmern reserviert, die selbständig gebucht (Stichwort DEFUS) und bezahlt werden müssen. Die Zimmer kosten inklusive Frühstück 98 €.

www.hotel-franz.de

Agenda

Donnerstag, 17. November

Ab 11:30	Anreise der Tagungsgäste und Check-in Mittagsimbiss im Foyer
13 Uhr	Begrüßung Prof. Dr. Hans-Jürgen Lange, Präsident der DHPol Thomas Kufen, Oberbürgermeister der Stadt Essen Christian Kromberg, Beigeordneter der Stadt Essen, stellv. Vorsitzender DEFUS
13:15	Podiumsdiskussion Erwartungen an die Sicherheit in unterschiedlichen Stadträumen <ul style="list-style-type: none"> • <i>Lamya Kaddor, MdB, Wahlkreis Duisburg, Vertreterin des Innenausschusses des Bundestags</i> • <i>Christian Kromberg, Beigeordneter für Recht und Ordnung der Stadt Essen</i> • <i>Prof. Dorothee Dienstbühl, HSPV NRW</i> • <i>Stefan Mayer, Polizeidirektor und Vertreter der DHPol</i> • <i>Petra Mahmoudi, Sozialamt, Koordination Soziale Ordnungspartnerschaften, Wuppertal</i> • <i>Wilfried Brandt, Stadtplaner Landeshauptstadt Düsseldorf</i> • <i>Stadtmarketing Essen (angefragt)</i> <i>Moderation: Prof. Dr. Hans-Jürgen Lange</i>
14:15	Eröffnungsimpulse Europäische Sichtweisen und Erkenntnisse aus dem Projekt Cutting Crime Impact und Forderungen nach einem neuen bürgernahen Sicherheitsmodell <i>Prof. Dr. Caroline L. Davey, University Salford</i>
14:45	Zusammenhang zwischen Sicherheitsgefühl und Vertrauen in den Staat <i>Prof. Dr. Rita Haverkamp, Universität Tübingen</i>
15:15	Kaffeepause

15:45	Workshops I-IV: Erfahrungsaustausch und Bestandsaufnahme – worüber und über welches Ausmaß reden wir und welche Ansätze verfolgen Polizei und Kommunen bisher	<p>I: Nutzungskonflikte im öffentlichen Raum <i>Moderation Margo Molkenbur, DEFUS</i></p> <p>II: Sauberkeit und Ordnung <i>Moderation Günther Epple, DHPol</i></p> <p>III: Alltagskriminalität <i>Moderation Anna Rau, DEFUS</i></p> <p>IV: Ursachen des subjektiven Unsicherheitsgefühls und Folgen für die Demokratie <i>Moderation Stephanie Schmuck, Stadt Essen</i></p>
17:45	Präsentation der vier Workshop-Ergebnisse und Diskussion	
18:30	Ende des ersten Tages	
19:00	Gemeinsames Abendessen im Hotel Franz	

Freitag, 18.11.2022

8:30	Impuls	<p>Mit Kreativität zu neuen Ideen <i>Anna Rau, DEFUS</i></p>
8:45	Workshops V-VIII: Brainstorming – Gemeinsam kreativ auf neue Ideen kommen und Forderungen an Politik und Sicherheitsforschung formulieren	<p>V: Neue Strategien für Sicherheit im öffentlichen Raum – Wie können wir Nutzungskonflikte lösen und lebenswerte Plätze gestalten und was brauchen wir dafür? <i>Moderation Margo Molkenbur, DEFUS</i></p> <p>VI: Neue Strategien zur Prävention und Eindämmung von Ordnungswidrigkeiten – Wie können wir Probleme wie Müll, Wildpinkeln, Sachbeschädigungen effektiver angehen und was brauchen wir dafür? <i>Moderation Anna Rau, DEFUS</i></p> <p>VII: Neue Strategien für die Aufklärung, Bekämpfung und Prävention von Alltagskriminalität – Was brauchen wir dafür? <i>Moderation Matthias Lapp, DHPol</i></p> <p>VIII: Neue Strategien für die Verbesserung des Sicherheitsgefühls – Wie können wir das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung (in einem der sichersten Länder der Welt) verbessern und was brauchen wir dafür? <i>Moderation Stephanie Schmuck, Stadt Essen</i></p>
10:45	Kaffeepause	

11:00		Präsentation der Ideen und formulierten Forderungen aus den vier Workshops
11:15	Podiumsdiskussion	Neue Strategien für urbane Sicherheit und kommunale Prävention als Teil der Sicherheitsarchitektur in Deutschland
	Podiumsgäste	<ul style="list-style-type: none"> • <i>Vertreter*in des Innenausschusses des Bundestags (angefragt)</i> • <i>Tobias Wiemann, Ministerialdirigent, Abteilung Öffentliche Sicherheit, Unterabteilungsleiter Rechts- und Grundsatzangelegenheiten, BMI</i> • <i>Vertreter*in des Bundesministeriums des Innern und für Heimat Vertreter BMBF (angefragt)</i> • <i>Kommunalvertreter*in (angefragt)</i> • <i>Dr. Uda Bastians, Deutscher Städtetag</i> • <i>Dr. Tim Lukas, Bergische Universität Wuppertal</i> • <i>Joachim Fassbender, DHPol</i> <p><i>Moderation Christian Kromberg, Beigeordneter der Stadt Essen</i></p>
12:45	Abschluss	Prof. Dr. Hans-Jürgen Lange, Präsident der DHPol Christian Kromberg, Beigeordneter der Stadt Essen
13:00		Abschiedssnack

Bitte nutzen Sie für die Anmeldung gerne das separate Anmeldeformular.

Bei Rückfragen wenden Sie sich gerne an

Anna Rau, Geschäftsführerin DEFUS
0511-36739420
defus@defus.de
www.defus.de

oder an

Yusuf Yalim, Präsidialbüro DHPol
02501-806-207
yusuf.yalim@dhpol.de
www.dhpol.de